

Düstere Wirtschaftslage

EZB senkt Zinsen zum dritten Mal in Folge

Die Europäische Zentralbank (EZB) senkt ihre drei Leitzinssätze erneut um jeweils 0,25 Prozentpunkte. Der zentrale Leitzins, der Einlagezins, zu dem Geschäftsbanken Geld bei der EZB anlegen, liegt so zukünftig bei 3,0 Prozent, wie die Bank am Donnerstag in Frankfurt am Main mitteilte. Es ist die insgesamt vierte Leitzinssenkung in diesem Jahr und die dritte in Folge. Der Hauptrefinanzierungssatz, zu dem sich Geschäftsbanken Geld bei der EZB leihen können, liegt nun bei 3,15 Prozent, der Zins zur kurzfristigen Beschaffung von Geld, der Spitzenrefinanzierungssatz, bei 3,40 Prozent. EZB-Präsidentin Christine Lagarde begründete die angekündigte erneute Leitzinssenkung vor allem mit der düsteren Wirtschaftslage in der Eurozone.

Das solide Wachstum über den Sommer sei vor allem auf privaten Konsum, „einmalige Faktoren“, und den Aufbau von Lagerbeständen zurückzuführen, sagte sie am Donnerstag in Frankfurt. „Jüngste Informationen deuten jedoch darauf hin, dass es an Schwung verliert“, führte Lagarde aus. Die Schwächephase der Industrie setze sich weiter fort und das Wachstum im Dienstleistungssektor verlangsamt sich. „Angesichts der schwachen Nachfrage und der äußerst unsicheren Aussichten halten die Unternehmen ihre Investitionsausgaben zurück“, sagte Lagarde. Zugleich sei auch die Entwicklung der Exporte schwach.

Die EZB hatte angesichts der wieder stark verlangsamten Inflation im Sommer damit begonnen, die Leitzinsen wieder zu senken. Zuletzt hatte die Teuerungsrate in der Eurozone allerdings wieder zwei Monate in Folge angezogen. Im November lag sie mit 2,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat wieder über dem Zwei-Prozent-Ziel der Zentralbank. Dennoch sieht sich die Zentralbank auf einem guten Weg zum eigenen Inflationsziel von 2,0 Prozent.

Sinkende Zinsen können die Finanzierungsbedingungen verbessern und so zu mehr Wirtschaftswach-

tum führen. Die Kreditaufnahme für Unternehmen und Privathaushalte habe sich „aufgrund der vorangegangenen Zinssenkungen des EZB-Rats allmählich verbilligt“, erklärten die Notenbankler. Insgesamt blieben die Bedingungen aber weiterhin „restriktiv“.

Nach Ansicht des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf geht die Senkung um 25 Basispunkte nicht weit genug. Sie sei zwar ein „weiterer Schritt in die richtige Richtung, allerdings handelt die Zentralbank erneut zu zaghaft“, erklärte Silke Tober, Expertin für Geldpolitik. Wie bereits in der Vergangenheit verwies die Zentralbank auf ihren datenbasierten Ansatz. „Der EZB-Rat legt sich nicht im Voraus auf einen bestimmten Zinspfad fest“, teilte die Notenbank mit.

Es ist die vierte Zinssenkung der Euro-Notenbank in diesem Jahr. Der erste Zinsschritt war im Juni erfolgt, im Juli hielten sie die Zinsen konstant, nach der Sommerpause gab es dann im September und Oktober die nächsten Senkungen. Bis Oktober 2023 hatte die EZB die Leitzinsen als Reaktion auf die hohe Inflation schrittweise angehoben.

MBI/AFP/aul/12.12.2024

Ab Januar 2025

Grenzkontrollen zu Rumänien und Bulgarien fallen weg

Die Kontrollen an den europäischen Binnengrenzen zu Rumänien und Bulgarien fallen ab dem 1. Januar vollständig weg. Die EU-Innenminister beschlossen am Donnerstag in Brüssel, die beiden südosteuropäischen Länder vollständig in den europäischen Schengenraum aufzunehmen. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) begrüßte den Schritt. Damit erkenne die EU auch an, was beide Länder „zum Schutz der Außengrenzen tun“, sagte sie.

Der ungarische Innenminister und amtierende Ratsvorsitzende Sandor Pinter sprach von einem „historischen Schritt“, von dem viele EU-Bürger profitieren würden. Bisher waren Rumänien und Bulgarien nur Teilmitglieder im Schengenraum. Damit waren im März für Reisende in diese Länder die Kontrollen an Flughäfen und Seehäfen weggefallen. An den Landgrenzen werden Ausweispapiere dagegen bisher noch kontrolliert. Autoreisende und Lkw-Fahrer, die über Ungarn oder Griechenland in diese beiden Länder fahren, müssen dadurch bislang noch Verzögerungen in Kauf nehmen. Ab dem 1. Januar fallen dann auch diese Kontrollen weg.

Der Beschluss wurde möglich, nachdem Österreich sein Veto gegen die Vollmitgliedschaft von Rumänien und Bulgarien im Schengenraum aufgehoben hatte. Österreichs Innenminister Gerhard Karner hatte den Sinneswandel seiner Regierung mit einer „massiven Reduktion an illegalen Grenzübertritten“ begründet.

MBI/AFP/aul/12.12.2024

Aus dem Inhalt

Deutsche Konjunktur 2025 Institute senken BIP-Prognosen	2
Appell der EU-Kommission Keine hastige Abschiebedebatte	4

Außenbeziehungen

Syrien-Gespräche mit Erdogan Von der Leyen reist nach Ankara

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen reist Anfang kommender Woche zu Syrien-Gesprächen in die Türkei. Nach dem Telefonat vom Dienstag mit dem türkischen Präsidenten will die Kommissionschefin jetzt persönlich mit Recep Tayyip Erdogan über die Zukunft Syriens nach dem Sturz der Assad-Regierung sprechen. „Die Türkei ist eines der Schlüsselländer in der Region. Daher will sich von der Leyen mit Erdogan treffen“, sagte ein Kommissionssprecher am Donnerstag in Brüssel. Die EU sieht Chancen in dem Sturz von Syriens Machthaber Baschar al-Assad. Allerdings sei der historische Wandel in der Region nicht ohne Risiken, schrieb von der Leyen auf X.

Für die EU stehe die Wahrung der nationalen Einheit und der Wiederaufbau eines syrischen Staates im Vordergrund, der die Rechte von Minderheiten schützt. Die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas warnte unterdessen vor einer Destabilisierung des Landes. Syrien dürfe kein zweites Irak, Libyen oder Afghanistan werden, sagte Kallas im Europaparlament in Brüssel. Konfessionelle Gewalt gelte es ebenso zu verhindern wie ein Wiederaufleben des Extremismus. Am kommenden Montag wollen auch die EU-Außenminister über die Lage in Syrien beraten.

Die Türkei hat über Jahre ihre Interessen im Nachbarland Syrien durchgesetzt und ist interessiert an einem für sie vorteilhaften Wiederaufbau des Landes. Nicht zuletzt setzt die türkische Regierung – ebenso wie mehrere EU-Staaten, darunter Deutschland, – darauf, dass über 3,5 Millionen syrische Flüchtlinge, die seit 2011 vom Bürgerkrieg in die Türkei geflohen sind, wieder in ihre Heimat zurückkehren. Gleichzeitig fürchtet die Türkei, dass die Kurden in Nordsyrien eine Dynamik entfalten könnten, die Ankara nicht mehr kontrollieren kann. Die türkische Regierung lehnt eigene staatliche Strukturen wie etwa eine autonome kurdische Regionalverwaltung ab. MBI/aul/12.12.2024

Konjunktur

Ausblick 2025 Wirtschaftsinstitute senken Wachstumsprognosen

Mehrere Wirtschaftsinstitute in Deutschland haben ihre Wachstumsprognose für das kommende Jahr gesenkt. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin rechnet nur noch mit einem Wachstum von 0,2 Prozent, während das Institut für Weltwirtschaft in Kiel (IfW) gar von einer Stagnation ausgeht. Die Forschenden des Ifo in München erarbeiteten verschiedene Szenarien – je nachdem, welche Maßnahmen die Politik umsetzt. „Wir sehen einen kritischen Mix aus konjunktureller Flaute und strukturellen Problemen“, erklärte das DIW.

Die deutsche Wirtschaft „schleppt sich“ demnach durch die Stagnation. Im laufenden Jahr dürfte die Wirtschaft daher erneut schrumpfen, um 0,2 Prozent. Damit rechnet auch das Institut in Kiel, blickt auf die kommenden zwei Jahre aber noch etwas pessimistischer als das DIW und erwartet für 2026 ein Wachstum von 0,9 Prozent, während die Forschenden in Berlin von 1,2 Prozent ausgehen. Für das Ifo-Institut ist indes noch nicht klar, ob es sich bei der aktuellen Stagnation um eine „vorübergehende Schwäche“ oder eine „dauerhafte und damit schmerzhaft Veränderung der Wirtschaft handelt“. Das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) geht für das kommende Jahr ebenfalls von 0,4 Prozent Wachstum aus. MBI/AFP/aul/12.12.2024

ROHSTOFFPREISE, PROGNOSEN &
AKTUELLE ROHSTOFF-NEWS

MATFLIXX
Rohstoffpreise à la carte

www.matflixx.de

Große Unsicherheiten

Ifo-Institut sieht Wachstum von 0,4 bis 1,1 Prozent

Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung hat für kommendes Jahr ein Wachstum zwischen 0,4 Prozent und 1,1 Prozent vorhergesagt. „Wegen der großen Unsicherheiten stellt das Institut zwei Szenarien für die aktuelle Konjunkturprognose vor“, erklärte es. Sollte es der deutschen Wirtschaft nicht gelingen, ihre strukturellen Herausforderungen zu bewältigen, wäre nur ein Wachstum um 0,4 Prozent zu erwarten. Sollten die richtigen wirtschaftspolitischen Weichen gestellt werden, könnte 2025 ein Wachstum von 1,1 Prozent erreicht werden.

„Im Moment ist noch nicht klar, ob es sich bei der derzeitigen Stagnationsphase um eine vorübergehende Schwäche oder um eine dauerhafte und damit schmerzhaft Veränderung der Wirtschaft handelt“, so Konjunkturchef Timo Wollmershäuser. In der Prognose sprach das DIW von einem „Basisszenario“ und einem „optimistischeren Alternativszenario“. Für 2026 sagte das Institut ein Wachstum von 0,8 Prozent im Basis-, aber 1,6 Prozent im Alternativszenario voraus. Im laufenden Jahr erwartete das Ifo-Institut einen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes um 0,1 Prozent.

Konjunkturell belastet laut Wollmershäuser die schlechte Auftragslage, zu der auch die straffe Geldpolitik in Europa und in vielen deutschen Absatzmärkten beigetragen habe. Mittlerweile aber sei die Kaufkraft wieder zurückgekehrt, und der Inflationsdruck werde auch in Deutschland weiter abnehmen. Hier rechnet das Ifo-Institut in beiden Szenarien für das kommende Jahr mit 2,3 Prozent und für 2026 mit 2,0 Prozent nach einer Inflationsrate von 2,2 Prozent in diesem Jahr. Der private Konsum dürfte nach dem Basisszenario 2025 um 0,7 Prozent und 2026 um 0,9 Prozent und nach dem Alternativszenario nächstes Jahr um 1,1 Prozent und übernächstes um 1,3 Prozent zulegen, nach einem Plus von 0,1 Prozent in diesem Jahr. MBI/DJN/aul/12.12.2024

Stagnation

DIW senkt erneut Konjunkturprognose

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat erneut seine Konjunkturprognosen gesenkt. „Die deutsche Wirtschaft schleppt sich durch die Stagnation, eine nachhaltige Erholung rückt auch angesichts struktureller Herausforderungen immer weiter in die Ferne“, erklärte das Institut. „In diesem Jahr setzt die Konjunktur von Quartal zu Quartal ihren Zickzackkurs um die Nulllinie fort und dürfte unter dem Strich um 0,2 Prozent schrumpfen.“ Im Jahr 2025 gehe es mit einem Wachstum von voraussichtlich 0,2 Prozent wohl nur mühsam bergauf, für 2026 werde mit einem Plus von 1,2 Prozent gerechnet. Im September hatte das Institut noch 0,0 Prozent Wachstum für 2024, 0,9 Prozent für 2025 und 1,4 Prozent für 2026 prognostiziert.

„Wir sehen einen kritischen Mix aus konjunktureller Flaute und strukturellen Problemen“, sagte DIW-Konjunkturchefin Geraldine Dany-Knedlik. „Das macht vor allem dem sonst so exportstarken verarbeitenden Gewerbe zu schaffen, das als Rückgrat der deutschen Wirtschaft gilt. Neben erhöhten Energie- und Materialkosten und einer immer stärkeren Konkurrenz insbesondere aus China drohen jetzt noch Zölle des designierten US-Präsidenten Donald Trump.“

Das Straucheln der deutschen Industrie schlage zunehmend auf industrienahen Dienstleistungen und den Arbeitsmarkt durch, was trotz Fachkräftemangels zu Kurzarbeit und mancherorts zu Entlassungen führe. Die Zahl der Arbeitslosen dürfe zumindest vorübergehend steigen. Erwartet werden 2,787 Millionen Arbeitslose in diesem Jahr, 2,854 Millionen im kommenden und 2,707 Millionen im übernächsten. Die Arbeitslosenquote sieht das DIW 2024 bei 6,0 Prozent, 2025 bei 6,1 Prozent und 2026 bei 5,8 Prozent. Der private Konsum stütze das Wachstum derzeit nur begrenzt, obwohl die Realeinkommen weiter zulegten.

MBI/DJN/aul/12.12.2024

Unsicherheit steigt

IWH sieht „frostige Aussichten“ für Deutschland

Das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) hat seine Prognosen für die deutsche Konjunktur-entwicklung gesenkt und sieht nach eigenen Angaben „frostige Aussichten“ für die deutsche Wirtschaft. Nach der Winterprognose des IWH dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2024 um 0,2 Prozent sinken und im Jahr 2025 um 0,4 Prozent expandieren, teilte das Institut mit. Im September seien die IWH-Konjunkturforscher noch von einem Nullwachstum für das Jahr 2024 und einem Plus von 1,0 Prozent für 2025 ausgegangen. Für 2026 senkte das IWH die Wachstumsprognose auf 1,3 Prozent von 1,4 Prozent.

„Im Winter 2024/2025 setzt sich die Stagnation der deutschen Wirtschaft fort“, konstatierte das Institut am Donnerstag. Die Industrie leide unter einem Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Deswegen und aufgrund der unklaren wirtschaftspolitischen Aussichten hielten sich Unternehmen und Verbraucher mit ihren Ausgaben zurück. Erst wenn die Unsicherheit sinke, würden die gestiegenen Einkommen für höhere Konsumausgaben verwendet werden.

Die gesamtwirtschaftliche Produktion und auch die Exporte seien derzeit lediglich in etwa so hoch wie im Jahr 2019. Sehr deutlich unter ihrem Stand vom Jahr 2019 hätten im dritten Quartal die Ausrüstungsinvestitionen gelegen. Mit dem schlechteren Exportgeschäft schein auch der Bedarf an neuen Ausrüstungen zu sinken. „Die strukturellen Probleme wie die Verteuerung der Energie in Deutschland, die Alterung der Erwerbsbevölkerung und der Fachkräftemangel sind nicht leicht zu lösen“, sagte IWH-Vizepräsident Oliver Holtemöller. „Das wird jetzt einer breiteren Öffentlichkeit bewusst und führt zu Verunsicherung, mit der Folge, dass die privaten Haushalte mehr sparen.“

MBI/DJN/aul/12.12.2024

RWI

Schwäche dürfte noch bis zum Frühjahr anhalten

Das RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung hat seine Prognosen für die Wirtschaftsentwicklung in diesem Jahr und den beiden Folgejahren gesenkt und rechnet nun mit einem Anhalten der konjunkturellen Schwäche bis zum kommenden Frühjahr. Das Institut erwartete in seiner aktuellen Konjunkturprognose für 2024 einen Rückgang des deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 0,2 Prozent, nachdem es im September noch einen Anstieg um 0,1 Prozent prognostiziert hatte. Für 2025 sieht das RWI statt 0,9 jetzt 0,6 Prozent BIP-Wachstum. Für 2026 senkte das Institut seine Prognose von 1,4 Prozent leicht auf 1,3 Prozent Wirtschaftswachstum.

„Die deutsche Wirtschaft hat im Sommerhalbjahr weiter an Boden verloren“, konstatierte das Essener Institut. Weiterhin schwach hätten sich vor allem die Exporte entwickelt, die gegenüber dem Welthandel zurückblieben. Verbunden damit seien die Investitionen erneut zurückgegangen. Die Unternehmen litten unter einer geringen Nachfrage, sodass die Auftragsbestände schwänden und die Kapazitätsauslastung niedrig sei. Dies gelte insbesondere für den Kraftfahrzeugbau und die energieintensiven Industrien. Dagegen sei der private Konsum mit 0,3 Prozent gegenüber dem Vorquartal recht deutlich gestiegen. Die privaten Haushalte schienen allmählich die steigenden Realeinkommen zu spüren, so dass sie bereit seien, ihre Ausgaben wieder zu erhöhen.

Die konjunkturelle Schwäche dürfte noch bis zum Frühjahr des kommenden Jahres anhalten. Erst wenn klarer werde, wie nach Neuwahlen in Deutschland und Amtsantritt des neuen US-Präsidenten die wirtschaftspolitischen Weichen diesseits und jenseits des Atlantiks gestellt würden, dürfte die Unsicherheit abnehmen und die Nachfrage stärker steigen.

MBI/DJN/aul/12.12.2024

Binnenmarkt

Kritik von DIHK

EU-Verordnung für Produktsicherheit in Kraft

Ab Freitag (13.12.) gelten neue EU-Vorschriften für die Sicherheit von Verbraucherprodukten. Sie berücksichtigen vor allem den stark gewachsenen Online-Handel im europäischen Binnenmarkt und Direktimporte aus Drittstaaten. Die EU-Verordnung soll gewährleisten, dass alle Non-Food-Produkte, die offline oder online auf dem EU-Markt verkauft werden, sicher sind. „Das Volumen der Online-Verkäufe hat in den letzten Jahren sehr stark zugenommen, und dieser Trend wird sich wahrscheinlich fortsetzen“, erklärte EU-Kommissar Michael McGrath, verantwortlich für Justiz und Verbraucherschutz. Neben Vorteilen habe diese Entwicklung auch Herausforderungen mit sich gebracht, führte er aus.

Konkret enthält die Verordnung beispielsweise neue Produktsicherheitsanforderungen für Online-Marktplätze, um Verbraucher vor gefährlichen Produkten zu schützen. Neu ist auch, dass beim Import aus Drittländern in die EU künftig ein Wirtschaftsakteur in der EU benannt werden muss, der für Fragen der Produktsicherheit verantwortlich ist. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) kritisierte die Verordnung scharf und beklagte einen hohen bürokratischen Aufwand für die Wirtschaft. Hersteller und Händler würden vor große Herausforderungen gestellt, erklärte Volker Treier, Mitglied der DIHK-Hauptgeschäftsführung am Donnerstag in Berlin.

„Die Unternehmen müssen eine Vielzahl zusätzlicher Dokumentations- und Nachweispflichten erfüllen“, sagte Treier. Er forderte eine Kursänderung in der EU: „Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gehört endlich in den Fokus der europäischen Gesetzgebung.“ Dabei stehe die EU-Produktsicherheitsverordnung nicht isoliert. Sie füge sich in eine Vielzahl bestehender gesetzlicher Anforderungen ein, die sich teilweise überschneiden.

MBI/aul/12.12.2024

Energie

Wirtschaftsministerium

Kraftwerksgesetz kommt nicht mehr vor Neuwahlen

Das Kraftwerksgesetz von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) zur Förderung des Baus neuer Gaskraftwerke wird nicht mehr vor den Neuwahlen kommen. Das Bundeswirtschaftsministerium erklärte, dass das Kraftwerkssicherungsgesetz im Bundestag keine Mehrheit bekommen werde. Die Union hatte angekündigt, das Vorhaben nicht im Bundestag unterstützen zu wollen. Das Gesetz sollte den Bau von neuen Kraftwerken für die Energiewende und damit den Strommarkt der Zukunft mit flexiblen Erzeugungskapazitäten auf den Weg bringen.

Die Kraftwerke sollten in Zeiten ohne Wind- und Sonnenenergie, den sogenannten „Dunkelflauten“, als Backup für die Stromversorgung bereitstehen. Das Wirtschaftsministerium hält die Pläne für notwendig, da die Umstellung des Stromsystems auf Erneuerbare den Zubau von flexiblen Kapazitäten erforderlich mache. „Für den Zubau dieser flexiblen Kraftwerkskapazitäten lag ein fertiges Gesetz auf dem Tisch - das Kraftwerkssicherungsgesetz - es ist mit der EU Kommission verhandelt“, sagte ein Ministeriumssprecher. „Die Umsetzung ist nun leider nicht mehr möglich, dazu fehlen die erforderlichen Mehrheiten.“

Ziel des Gesetzes war, die Versorgungssicherheit in Deutschland zu stärken, den Umbau des Kraftwerkspark zu ermöglichen und einen wichtigen Impuls beim Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft zu leisten. Vorgesehen war, dass im ersten Halbjahr 2025 Kraftwerkskapazitäten für Gas- und Wasserstoffkraftwerke hätten ausgeschrieben werden können. Erste Kraftwerke hätten laut Erwartung des Wirtschaftsministeriums dann 2030 in Betrieb genommen werden können. Nach Schätzungen des Ministeriums hätten sich die Kosten der Pläne auf rund 17 Milliarden Euro belaufen über einen Zeitraum von etwa 17 Jahren, von 2029 bis 2045.

MBI/DJN/aul/12.12.2024

Migration

Syrien-Flüchtlinge

Brüssel gegen überstürzte Abschiebedebatte

Nach dem Umsturz in Syrien hat sich die EU-Kommission gegen eine überstürzte Abschiebedebatte ausgesprochen. Der neue EU-Innenkommissar Magnus Brunner plädierte am Donnerstag am Rande eines Innenministertreffens in Brüssel dafür, „als ersten Schritt“ die freiwillige Rückkehr syrischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zu unterstützen. Für das weitere Vorgehen brauche Europa noch etwas Zeit, um die Situation in Syrien besser einschätzen zu können, sagte der Österreicher.

Brunner betonte, nach dem Sturz des syrischen Machthabers Baschar al-Assad und der Machtübernahme der Islamisten gebe es in dem Land Chancen zur Stabilisierung, aber auch Risiken. Deshalb gehe es zunächst um die freiwillige Rückkehr von Syrern. In der Türkei gebe es viele Freiwillige, „die gerne zurück möchten, um am Wiederaufbau und an der Zukunft Syriens mitzuarbeiten“, unterstrich er. Das sei „durchaus positiv, das müssen wir als Europäische Union auch unterstützen“. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) sprach sich in Brüssel für ein abgestimmtes Vorgehen auf europäischer Ebene bei Rückführungsprogrammen und Abschiebeanfragen an Syrien aus. „Es wäre sehr zielführend, das gemeinsam zu organisieren“, betonte sie. Die EU brauche die gleiche Datengrundlage, wie sich das Land entwickle.

Auch Faeser rief angesichts Forderungen aus der CDU und der AfD nach einer schnellen Rückkehr von Syrien-Flüchtlingen zur Geduld auf. Aus ihrer Sicht müssten alle „noch ein paar Tage abwarten, um zu sehen, wohin entwickelt sich Syrien jetzt. Wie steht es um den Schutz von Minderheiten, wie steht es um den Schutz der Menschen? Und dann kann es natürlich auch zur Rückführung kommen“, betonte sie. Faeser bekräftigte ihr Angebot an in Deutschland lebende Pflegekräfte oder Ärzte aus Syrien, im Land zu bleiben.

MBI/AFP/aul/12.12.2024

Justiz & Inneres

Innenministertreffen EU regelt Weitergabe von Fluggastdaten

Die EU-Innenminister haben am Donnerstag endgültig grünes Licht für die Erhebung und Übermittlung von Fluggastdaten gegeben. Damit wird die Weitergabe von vorab ermittelten, erweiterten Passagierdaten (API-Daten) reformiert und EU-weit einheitlich vorgeschrieben. „Wir können uns keine blinden Flecken in Bezug auf Fluggäste, die in der EU ankommen, leisten“, erklärte der ungarische Innenminister und EU-Ratspräsident Sandor Pinter nach Gesprächen mit seinen EU-Kollegen in Brüssel. Ziel ist es, künftig Schwerkriminalität und Terror bei Flügen effektiver zu bekämpfen.

Luftfahrtunternehmen werden verpflichtet, Fluggastdaten systematisch zu erfassen und an die zuständigen Behörden weiterzugeben. Die Vorschriften gelten zu Zwecken des Grenzschutzes für Flüge, die aus einem Drittland in einem EU-Land ankommen und zu Zwecken der Strafverfolgung ebenso auch für Flüge, die aus einem EU-Land abfliegen. Zu den erfassten Daten gehören Namen, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit, Passdaten, Gepäckinformationen und Flugdaten. Für die Datenübermittlung wird ein zentrales System (Router) eingerichtet. Biometrische Daten wurden auf Druck des EU-Parlaments von der Erhebung ausgenommen. Das Erstellen bestimmter Personenprofile auf Grundlage der Fluggastdaten oder bestimmte daraus abgeleitete Statistiken sind verboten.

Da die neue Verordnung bereits mit dem EU-Parlament abgestimmt war, kann sie 20 Tage nach Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft treten. Zunächst sollen die EU-Agentur Lisa (zur Überwachung der IT-Systeme im Bereich Sicherheit und Justiz), die Mitgliedstaaten und die EU-Kommission die Vorbereitungen für den Router treffen. Für die Übermittlung der API-Daten mit Hilfe automatisierter Systeme soll den Fluggesellschaften bei Bedarf eine Übergangsfrist eingeräumt werden.

MBI/aul/12.12.2024

Protest aus Luxemburg

Innenministerin Faeser hält an Grenzkontrollen fest

Ungeachtet der Proteste europäischer Nachbarländer hält Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) an den Binnengrenzkontrollen fest. Deutschland werde die Kontrollen noch in diesem Monat verlängern, sagte Faeser am Donnerstag am Rande eines Treffens mit ihren EU-Kollegen in Brüssel. Luxemburg kündigte Einspruch bei der EU-Kommission an. „Sollte Deutschland diese Kontrollen verlängern, werden wir der Kommission mitteilen, dass wir damit nicht einverstanden sind“, sagte der luxemburgische Innenminister Léon Gloden.

Gloden begründete dies mit den vielen Berufspendlern, die bei der Einreise Verzögerungen in Kauf nehmen müssten. Jeden Tag kämen über 225.000 Pendler zur Arbeit nach Luxemburg, darunter alleine 55.000 aus Deutschland. Auch Polen hatte wiederholt scharf gegen die deutschen Kontrollen protestiert. Faeser betonte dagegen in Brüssel, erst wenn die Migrationszahlen „massiv“ heruntergingen und die Regelungen des gemeinsamen europäischen Asylpaktes ab Sommer 2026 in Kraft seien, könne Deutschland über eine Öffnung der Grenzen reden.

Der neue EU-Innenkommissar Magnus Brunner sagte, seine Behörde werde sich die Lage genau anschauen. „Wenn der Schengen-Grenzkodex eingehalten wird, spricht natürlich nichts dagegen“, betonte er mit Blick auf Deutschland. Laut dem Schengen-Kodex sind Binnengrenzkontrollen vorübergehend und „als letztes Mittel“ im Fall „außergewöhnlicher Umstände“ erlaubt. Die Bundesregierung muss die EU-Kommission alle sechs Monate über die Verlängerung der Kontrollen informieren. Mitte Dezember steht der Schritt zunächst für die Kontrollen zu Polen, Tschechien und der Schweiz an. Im März müssen dann auch diejenigen zu Luxemburg und anderen Nachbarländern verlängert werden. Seit diesem September wird an allen deutschen Landgrenzen kontrolliert.

MBI/AFP/aul/12.12.2024



MBI

Einkäufer im Markt

Strategien | Märkte | Rohstoffe

PDF | 2x im Monat | 12 Seiten

Einkäufer im Markt berichtet umfassend & branchenübergreifend über alle Themen, die für Einkaufsleiter und strategische Einkäufer in Unternehmen von Bedeutung sind.

2 Ausgaben zum Test: kostenfrei & unverbindlich

Kontakt:
Tel.: + 49 (0) 69 / 271 07 60 11
E-Mail: einkauf@mbi-infosource.de

www.mbi-infosource.de

Impressum

Herausgeber und Verlag:

MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG (MBI), Redaktion: Mergenthalerallee 77, 65760 Eschborn
Sitz der Gesellschaft: Frankfurt am Main, Amtsgericht Frankfurt HRA 47673

Geschäftsführer:

Martin Brückner

Verantwortlich für den Inhalt:

Armin Kalbfleisch Tel.: +49(0)6196/93494-11
E-Mail: armin.kalbfleisch@mbi-infosource.de

Abonnenten-Service:

service@mbi-infosource.de oder
+49(0)69/2710760-11

Anzeigen-Verkauf:

anzeigen@mbi-infosource.de oder
+49(0)69/2710760-24

Die Fachpublikationen von MBI stützen sich neben umfangreicher Eigenberichterstattung auf Dow Jones Newswires sowie weitere auch international tätige Nachrichtenagenturen. Alle Meldungen werden mit journalistischer Sorgfalt erarbeitet. Für Verzögerungen, Irrtümer und Unterlassungen wird jedoch keine Haftung übernommen. Kopien, Nachdrucke oder sonstige Vervielfältigungen nur mit Genehmigung des Herausgebers. Das Copyright für dpa-Nachrichten liegt bei der Deutschen Presse-Agentur (dpa) in Hamburg. Die Nachrichten dienen ausschließlich zur privaten Information des Nutzers. Eine Weitergabe, Speicherung oder Vervielfältigung ohne Nutzungsvertrag mit der Deutschen Presse-Agentur ist nicht gestattet. Alle Rechte bleiben vorbehalten.

Erscheinungsweise: montags bis freitags